



Newsletter

von Ulli Nissen, MdB

18. Mai 2018

So investiert der Bund in den kommenden Jahren

In dieser Woche haben die Abgeordneten des Bundestages zum ersten Mal über den Haushalt 2018 und den Finanzplan für die kommenden vier Jahre debattiert. Der neue Bundesfinanzminister Olaf Scholz von der SPD hat dafür einen Entwurf vorgelegt. Über diesen Entwurf wird in den nächsten Wochen im Haushaltsausschuss des Bundestages weiter beraten. Anfang Juli wird der Haushalt dann vom Bundestag beschlossen.

Der Bundeshaushalt 2018 ist solide finanziert. Die Koalition investiert in die Zukunft, entlastet die Bürgerinnen und Bürger und stärkt den sozialen Zusammenhalt in unserem Land. Und das alles geht ohne neue Schulden.

Im Koalitionsvertrag hatten die Koalitionsparteien SPD, CDU und CSU festgelegt, für welche Vorhaben sie welche Mittel einsetzen wollen. Wichtigste Einigung dabei: Familien werden stärker unterstützt, die soziale Sicherheit gestärkt und mehr in Bildung investiert.

Im Vergleich zu Plänen des vorherigen Finanzministers wird die neue Koalition erheblich mehr Geld für Investitionen bereitstellen. Insgesamt will die neue Regierung aus SPD und Union von 2018 bis 2022 ganze 180 Milliarden Euro investieren. So hoch waren die Investitionen

niemals zuvor. Auch in jedem einzelnen dieser Jahre ist die Investitionssumme höher als ursprünglich geplant.

Die Ausgaben für Bildung und Forschung steigen zwischen 2019 und 2022 von rund 80,2 Milliarden auf 94,8 Milliarden Euro. So sind etwa für weitere Verbesserungen beim Bafög und in der Fortbildungsförderung bis 2021 rund 1,35 Milliarden Euro vorgesehen. Damit wird die Förderung auch bei der beruflichen Bildung, zum Beispiel bei der Meister-Ausbildung, gestärkt.

Mehr Geld für Familien, Wohnen und Soziales

Für Familien wird es sogar 12 Milliarden Euro zusätzlich geben. Dazu gehören zum Beispiel ein höheres Kindergeld und ein höherer Kinderzuschlag, eine bessere Qualität von Kitas und mehr kostenfreie Kitaplät-

ze. Zudem wird es einen so genannten sozialen Arbeitsmarkt geben. Das ist eine Maßnahme für Langzeitarbeitslose, durch die sie endlich wieder gute Perspektiven erhalten.

Auch in der Rentenpolitik wird sich vieles verbessern: Die Koalition sorgt für ein stabiles Rentenniveau und stabile Beiträge bis 2025. Außerdem wird die Erwerbsminderungsrente verbessert. Wer also etwa durch einen Unfall erwerbsunfähig wird, wird künftig besser gestellt.

4 Milliarden Euro stehen als außerordentliches Plus für bezahlbares Wohnen zur Verfügung. Allein 2 Milliarden davon fließen in den sozialen Wohnungsbau. Auf die Weise können sich auch Menschen mit geringem Einkommen gute, bezahlbare Wohnungen leisten. Und junge

Neues aus dem Deutschen Bundestag

Familien, die bauen oder kaufen wollen, profitieren vom neuen Baukindergeld.

Damit Wohnen und Leben überall in Deutschland eine gleichwertige gute Qualität hat, fördert die Koalition das Zusammenleben und den Zusammenhalt. Zusätzliche 12 Milliarden Euro gibt es für Landwirtschaft, Verkehr und Kommunen. Dazu zählt der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, der Strukturwandel durch den Kohleausstieg und die dauerhafte Unterstützung von finanzschwachen Gemeinden.

Auch für die Bundeswehr gibt es noch mehr Investitionsmittel: 1 Milliarde extra für Verteidigung. Damit ist eine Trendwende bei der Bundeswehr festgesetzt: Sie bekommt von Jahr zu Jahr mehr Geld für Ausstattung und Material. Auch für die Entwicklungshilfe gibt es 1 Milliarde Euro extra.

Und schließlich wird es eine massive Entlastung für 90 Prozent aller Bürgerinnen und Bürger geben: Denn von 2021 an fällt für alle, die weniger als 60.000 Euro zu versteu-

erndes Einkommen haben, der Solidaritätszuschlag vollständig weg.

Das macht in dieser Legislaturperiode rund 46 Milliarden Euro zusätzlich. Im Jahr 2022 kommen noch einmal knapp 18 Milliarden Euro zur Finanzierung all dieser Maßnahmen hinzu.

Mit ihrer Haushaltspolitik beweist die Koalition Verlässlichkeit: keine neue Schulden, dafür aber mehr Investitionen.

Wohnrauminitiative

Im Koalitionsvertrag ist eine Wohnrauminitiative vereinbart worden, mit der 1,5 Millionen neue Wohnungen in Deutschland geschaffen werden sollen. Die Geschäftsführenden Vorstände der Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag haben am 7./8. Mai 2018 einen [Beschluss](#) zur Konkretisierung der wohnungspolitischen Absichten des Koalitionsvertrages gefasst. Die entsprechenden Gesetze sollen bis Sommer 2018 vorbereitet werden.

Besonders wichtig für uns in Frankfurt ist der Punkt:

Stärkung der Rechte der Mieterinnen und Mieter.

Die Mietpreisbremse wird reformiert. Es wird eine gesetzliche Auskunftspflicht für Vermieterinnen und Vermieter zur Offenlegung der Vormiete eingeführt. Die Modernisierungsumlage wird von derzeit 11 auf zukünftig 8 Prozent gesenkt. Zusätzlich

wird eine Kappungsgrenze für Mieterhöhungen nach Modernisierung eingeführt. Danach darf die monatliche Miete nach einer Modernisierung nicht mehr als 3 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche innerhalb von 6 Jahren erhöht werden. Durch



Diese Änderungen werden noch im Sommer 2018 ins Gesetzgebungsverfahren eingebracht.

Weitere Punkte sind die Schaffung eines Baukindergeldes und steuerliche Anreize für Investitionen in preisgünstigen freifinanzierten Mietwohnungsbau.

diese Maßnahmen werden extreme Mieterhöhungen gestoppt. Das gezielte „Herausmodernisieren“ wird künftig den Tatbestand einer Ordnungswidrigkeit erfüllen und für Mieterinnen und Mieter Schadenersatzansprüche begründen.

Als Mitglied im Bundestagsausschuss für Bauen und Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen werde ich mit den Gesetzentwürfen befasst sein.

Grundgesetzänderung auf dem Weg

Das Bundeskabinett hat am 2. Mai 2018 entsprechend den Vereinbarungen des Koalitionsvertrages den Entwurf von drei Grundgesetzänderungen beschlossen. Dabei handelt es sich um drei auch für die Kommunen wesentliche Aspekte zur künftigen Absicherung finanzieller Hilfen des Bundes für die Kommunen und zugleich die Voraussetzung für die Umsetzung wesentlicher Ziele des Koalitionsvertrages im Bereich der Bildungs-, Wohnungs- und Verkehrspolitik.

Die soziale Wohnraumförderung liegt nach geltender Rechtslage in der alleinigen Verantwortung für die Länder. Eine Gewährung von Finanzhilfen auf der Grundlage von Artikel 104b des Grundgesetzes wäre daher nach 2019 nicht mehr möglich. Ende der Geltungsdauer des Entflechtungsgesetzes,

nach dem der Bund den Ländern noch finanzielle Hilfen für die Aufgaben zukommen lassen kann, die ansonsten aufgrund der Vereinbarungen in der Föderalismusreform ausschließlich bei den Ländern liegen sollten. Durch Aufnahme eines zusätzlichen Artikels 104d GG wird dem Bund die Möglichkeit gegeben, den Ländern zweckgebunden Finanzhilfen für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen der Länder und Kommunen im Bereich des Sozialen Wohnungsbaus zu gewähren.



Durch eine weitere Änderung des Grundgesetzes in Artikel 125 sollen Änderungen an der Gemeindeverkehrsfinanzierung möglich werden. Diese Grundgesetzänderung schafft die Voraussetzungen, dass die Kommunen in dieser Legislaturperiode zusätzliche Finanzhilfen des Bundes für ihre Verkehrsinfrastruktur von insgesamt 1 Mrd. Euro erhalten können.

Durch weitere Änderungen des Grundgesetzes im Bereich der Bildungsinfrastruktur soll ermöglicht werden, dass der Bund künftig alle

Kommunen dauerhafte in der Bildungsinfrastruktur mitfinanzieren kann. Zudem wird mit der Änderung des Art. 104c des Grundgesetzes künftig auch eine Bundesförderung von Investitionen im Rahmen des Digitalpaktes möglich, mit dem der Bund für Länder- und Kommunalinvestitionen in die schulische IT-Infrastruktur bis zum

Ende der Legislaturperiode weitere 3,5 Mrd. Euro zur Verfügung stellen will.

Nun müssen wir, für diese Änderungen des Grundgesetzes sowohl im Deutschen Bundestag als auch im Bundesrat die entsprechenden verfassungsändernden Mehrheiten gewinnen. Vertreterinnen und Vertreter von Grünen und FDP müssen sich diesen für die Kommunen so wichtigen Änderungen des Grundgesetzes anschließen.

Praktikumsbericht von Sebastian Heidrich

Heute endet mein fünfwöchiges Praktikum im Bundestagsbüro von Ulli Nissen. In den fünf Wochen habe ich das Bundestagsbüro unterstützt und in den drei Plenarwochen Ulli Nissen zu Terminen begleitet. Ich habe an Sitzungen der Arbeitsgemeinschaften, der Ausschüsse oder den Treffen der Hessischen Landesgruppe teilgenommen. Außerdem habe ich Ulli bei der Betreuung von Besuchergruppen unterstützt.

Da ich zugeben muss, dass ich beim Thema Umwelt am besten informiert bin, war es außerdem sehr Interessant in die umweltpolitische Arbeit hineinzuschnuppern.

Die Anhörung zum Thema Wolf war ein vollkommen neuer Einblick für mich, da ich als typisches Stadtkind, keine großen Einblicke in das Thema Landwirtschaft hatte. Es war mir ein Rätsel, warum das Thema Wolf so ein wichtiges und auch emotionales Thema sein sollte. Bei der Anhörung konnte



ich dann die Betroffenen zum Thema hören und habe viel gelernt.

Das Hauptziel meines Praktikums war, einen Einblick in die Arbeit einer Bundestagsabgeordneten und

in die Arbeitsabläufe des Deutschen Bundestages zu bekommen. Diese Ziele konnte ich erreichen, weil Ulli Nissen mir viele Einblicke in ihre Arbeit als Bundestagsabgeordnete gegeben hat. Die Eindrücke aus dem Bundestag haben mir geholfen, die Arbeitsabläufe im Deutschen Bundestag besser zu verstehen. Die fünf Wochen

in Berlin waren für mich eine sehr spannende und interessante Erfahrung und werden mir hoffentlich bei meinem bevorstehenden Studium weiterhelfen.

Parlamentarisches Patenschafts-Programm 2018

Ab sofort können sich Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende und junge Berufstätige wieder für das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP) bewerben. Die Bewerbungsfrist für das PPP 2019/20 endet am 14. September 2018!

Der Deutsche Bundestag vergibt Stipendien für ein Austauschjahr in den USA an Schülerinnen und Schüler und junge Berufstätige.

Das PPP gibt seit 1983 jedes Jahr Schülerinnen und Schülern sowie jungen Berufstätigen die Möglichkeit, mit einem Stipendium des Deutschen Bundestages ein Austauschjahr in den USA zu erleben. Zeitgleich sind junge US-Amerikaner zu einem Aus-



tauschjahr zu Gast in Deutschland. Das PPP ist ein gemeinsames Programm des Deutschen Bundestages und des US-Congress. Es steht unter der Schirmherrschaft des Bundestagspräsidenten.

Unter www.bundestag.de/ppp finden sich alle Informationen zum Programm, einschließlich eines Bewerbungsformulars.

Meine Woche im Deutschen Bundestag



Apfelweinanstich der Hessen SPD mit Thorsten Schäfer-Gümbel, Katarina Barley, Andrea Nahles, Dagmar Schmidt, Heiko Maas, Jens Zimmermann und mir.



Der Mieterschutzbund setzt sich seit 100 Jahren für die Rechte von Mieterinnen und Mietern ein. Das haben wir am Donnerstag gefeiert. Hier mit Michael Groß, Ulli Nissen, Wolfgang Hessenauer (v.l.).



Dr. Bettina Volkens Vorstandsmitglied und Arbeitsdirektorin der Lufthansa AG war zu Gast bei den SPD-Frauen im Deutschen Bundestag. Hier mit Katja Mast, MdB.



Die Bundestagsabgeordnete der AfD Alice Weidel wollte Beschwerde gegen ihren Ordnungsruf einlegen. Der Bundestag hat die Beschwerde mehrheitlich abgelehnt. Ich habe ebenfalls mit Nein gestimmt.



Hier konstituiert sich die Begleitgruppe der SPD zum Klimaschutzgesetz. Als Berichterstatterin für den Baubereich bin ich dort Mitglied.



Vom Sieg der Frankfurter Eintracht waren wir hell-auf begeistert. Hier unser Fanclub BundesAdler e.V.

Meine Woche im Deutschen Bundestag

Diese Woche habe ich vier engagierte Schulklassen aus Frankfurt in Berlin begrüßt. Wir haben über wichtige Themen diskutiert, wie zum Beispiel bezahlbarer Wohnraum in Frankfurt, ein besseres Bildungssystem und der Kampf gegen Rechts. Danke für Euren Besuch, es hat sehr viel Spaß gemacht!



Otto-Hahn-Schule I.



Friedrich-Ebert-Schule I.



Friedrich-Ebert-Schule II.



Otto-Hahn-Schule II.

Wahkreisbüro

Ulli Nissen, MdB
Fischerfeldstr. 7-11
60311 Frankfurt
Tel.: 069 299888-610
Fax: 069 299888-612

E-Mail: ulli.nissen.ma02@bundestag.de

Deutscher Bundestag

Ulli Nissen, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 227-77147
Fax: 030 227-76148
E-Mail: ulli.nissen@bundestag.de

Neues aus Frankfurt



Am Tag gegen Lärm standen die Mitarbeiter*innen und die Leiterin der Stabsstelle für Fluglärm, Ursula Fechter, für Gespräche zur Verfügung. Gut, dass es die Stabsstelle gibt, sie ist eine wichtige Anlaufstelle für die vom Fluglärm betroffenen Bürger*innen.



Ich habe Kevin Kühnert auf dem außerordentlichen Parteitag in Wiesbaden getroffen. Wir haben über eine gemeinsame Diskussionsveranstaltung im Mai gesprochen. Kevin wird am 22. nach Frankfurt kommen und wir werden mit allen Interessierten besprechen, welche neuen Wege wir für die SPD finden und mit der SPD gehen können.



Verkehrsdezernent Klaus Oesterling hat bekannt gegeben, dass ein lange vergessenes Projekt nun getestet werden sollte: das rechte Mainufer zwischen Untermainkaibrücke und Alter Brücke soll ab dem Mainfest im August 2019 probeweise für Autos nicht mehr zugänglich sein. Die Sperrung des ca. 1,2km langen Abschnitts soll zunächst nur auf ein Jahr begrenzt sein.



Beim **1. Mai-Fest des OV Nieder-Erlenbach** habe ich unsere Landtagskandidatin Susanne Kassold sowie Kristina Luxen und Abdenassar Gannoukh getroffen.



Ich habe mich gefreut, dass ich mit Andrea Ypsilanti und der Landtagskandidatin Susanne Kassold beim **Tanz in den Mai des OV Seckbach** die Ehrung langjähriger Mitglieder übernehmen durfte.

Neues aus Frankfurt



Auf dem **Bornheimer Weinfest** bei bestem Wetter konnte ich viele gute Gespräche mit interessierten Besucher*innen führen. Vielen Dank an Paul Dieze für die Organisation!



Beim **39. Bornheimer Volkslauf** durfte ich den von mir gestifteten Wanderpokal an den TMCR Wanderfalken weiterreichen.



Ich durfte beim **Europäischen Jugendforum** im hessischen Landtag teilnehmen und mich den Fragen der Schüler*innen u.a. zur europäischen Umweltpolitik und zum Verbraucherschutz stellen.



Zur **Kundgebung am 1. Mai** habe ich viele Mitstreiter*innen auf dem Römerberg getroffen. Toll, dass ich mit so vielen engagierten Menschen für Freiheit,



Beim **Dialogforum Wohnen leitet Mobilität** habe ich mich mit Architekten und Städteplanern über innovative Möglichkeiten in der Stadtentwicklung ausgetauscht. Ihr seht mich bei der Präsentation unserer



Die **Künstlerin Imela Mensah-Schramm** hat in unserem Parteihaus ihre **Ausstellung „Hass vernichtet“** eröffnet. Sie zeigt Wände, die von Nazis mit rechten Parolen "beschädigt" worden sind. Es gibt ihr Kraft, diese Schmierereien zu entfernen.

Neues aus Frankfurt



Im Rahmen der **Ausstellung „Hass vernichtet“** der **Künstlerin Irmela Mensah-Schramm** in unserem Parteihaus hat ein Workshop mit Schülern*innen einer Frankfurter Schule stattgefunden. Die Schüler*innen haben Hassbotschaften kreativ umgestaltet. Die Ausstellung ist **noch bis zum 24. Mai** geöffnet. Wir freuen uns auf zahlreiche Besucher*innen. Es lohnt sich!!!



Beim Spiel des **1.FFC Frankfurt** gegen Wolfsburg hatte ich trotz Niederlage sehr viel Spaß. Kopf hoch, Mädels.



Ich habe mich vor einigen Jahren für die Finanzierung des Projekts **„Strom-Spar-Check“** eingesetzt. Bei einem Treffen wurde nun die Erfolgsbilanz präsentiert: **16% Energieeinsparungen** bei besuchten Haushalten!



Anlässlich des **deutsch-israelischen Freundschaftstags** und 70 Jahre Israel im Kaisersaal hat unser OB Peter Feldmann eine sehr bewegende Rede im Römer gehalten. Danke, dass ich dabei sein konnte.



Auf dem **Arnsberger Frühlingsfest** waren wieder viele Vereine und interessante Initiativen vertreten, die sich vorgestellt haben. Danke an die Organisatoren*innen!

Neues aus Frankfurt



Der neue **Wochenmarkt an der Friedberger Warte** ist eröffnet. Jeden **Dienstag von 8-18 Uhr** kann man hier lecker einkaufen, speisen und gemütlich verweilen.



Auf dem **Bachgassefest vom KV Enkheim** geschaffte habe ich wieder meine Karte "Ulli Nissen im Dialog" verteilt.



Mit vielen anderen Bürger*innen habe ich wieder bei der Kundgebung **Pulse of Europe** für unser vereintes Europa gekämpft.



Danke an den **Vereinsring Sachsenhausen**, der das **Goetheturmfest** wieder toll organisiert hat. Am Stand der **AWO**, mit der Landtagsabgeordneten Stefanie Then, kam meine Zuckerwattenmaschine zum Einsatz.



Ich habe mich gefreut, dass **Frau Prof. Dr. Thalgett** als Referentin auf unserem **Bezirksparteitag** einen spannenden Vortrag zum Thema **Bodenrecht** gehalten hat.



Zum Gedenken an die **Bücherverbrennungen am 10. Mai 1933** habe ich aus dem Werk von Brecht vorgelesen.

Neues aus Frankfurt

Wo soll es jetzt hingehen, SPD?

Darüber möchten Kevin Kühnert und ich am Dienstagabend mit allen interessierten Frankfurter*innen im Kunstverein Familie Montez diskutieren. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Ich freue mich über viele Teilnehmer*innen. Der Kunstverein Familie Montez ist seit 2014 in einem Brückenpfeiler der Honsellbrücke beheimatet. In den inspirierenden Ausstellungs- und Veranstaltungsräumen steckt viel Herzblut und Kreativität – genau das, was die Erneuerung der SPD erfordern wird.

SPD

**Neue Wege
finden und
gehen**

**mit Kevin
Kühnert**

**Ulli Nissen MdB lädt ein
am Dienstag, 22.05.2018
19:00 Uhr**

**Kunstverein Familie Montez
Honsellstr. 7, 60314 Frankfurt**

**Eintritt
FREI**

Herausgeber: SPD/Jugendrat der SPD, Friedrichstraße 2-11, 60311 Frankfurt
Druck: F. V. P. A. A. M. GmbH, Albrecht-Kühn-Str. 16, 97828 Würzburg